



MICHAEL B. BARNES

BÜRGERANLIEGEN • STELLUNGNAHMEN • KORRESPONDENZ



Hengelorstraße 1

49565 Bramsche



mbarnes61@outlook.com

31.07.2026

Wortlose Politik: Wann lernen wir endlich aus den Opfern?



Vorwort des Herausgebers

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist ein unerträgliches, sich ständig wiederholendes Schauspiel. Nach jedem verheerenden Anschlag, nach jeder schweren Gewalttat auf unseren Straßen erleben wir dasselbe politische Ritual: Bestürzung vor den Kameras, feierliche Kranzniederlegungen und das reflexartige Versprechen einer „schneidenden Härte des Gesetzes“. Doch sobald die Scheinwerfer der Medien erlöschen, verblassen die

Worte. Was bleibt, ist die lebenslange Trauer der Hinterbliebenen – und das wachsende, bittere Gefühl der gesellschaftlichen Ohnmacht. Hinter den bloßen Statistiken und Städtenamen wie Berlin, Mannheim oder Solingen stehen keine abstrakten Nummern. Es stehen Menschen dahinter – Väter, Mütter, Lehrerinnen und junge Polizeibeamte, die mitten aus dem Leben gerissen wurden. Die offiziellen Berichte der Untersuchungsausschüsse belegen längst schwarz auf weiß: Viele dieser Tragödien wären abwendbar gewesen, wenn behördliche Kontrollmechanismen gegriffen hätten und der politische Wille zur konsequenten Umsetzung unseres Rechtsstaates vorhanden gewesen wäre. Wir dürfen uns nicht an dieses systemische Staatsversagen gewöhnen. In diesem Report betrachten wir die ungeschönten Fakten, analysieren das Labyrinth der Zuständigkeiten und zeigen im internationalen Vergleich, dass staatliche Ohnmacht kein Naturgesetz ist. Doch vor allem wollen wir Ihnen, den Bürgern, konkrete und rechtssichere Wege aufzeigen, wie Sie die politische Elite legal, aber unnachgiebig zur Umkehr zwingen können. Denn Sicherheit ist kein Verhandlungsobjekt – sie ist das fundamentale Schutzversprechen unseres Staates an uns alle. Ihr,

Michael B. Barnes
Herausgeber

Einleitung:

Nach jedem Anschlag, nach jeder schweren Gewalttat in Deutschland wiederholt sich dasselbe politische Ritual. Politiker reisen an, zeigen sich tief betroffen, legen Kränze nieder und versprechen vor laufenden Mikrofonen eine „schneidende Härte des Gesetzes“ sowie „konsequente Aufklärung“. Für die Hinterbliebenen und Angehörigen sind diese Worte jedoch oft nicht mehr als eine leere Hülle. Sobald der mediale Fokus schwindet, bleiben sie mit ihrer Trauer, ihren Traumata und den bürokratischen Hürden des Alltags allein. Die Versprechen der Politik verblassen, während das Gefühl der Ohnmacht wächst. Dieser Report blickt hinter die Kulissen der folgenlosen Betroffenheit, analysiert die statistischen Realitäten und benennt die Verantwortlichen des systemischen Staatsversagens. [1]

1. Die Chronologie des Versagens: Muster der Ohnmacht

Das wiederkehrende Muster hinter islamistischen Terror- und Gewalttaten in Deutschland beruht nicht auf unvorhersehbaren Einzelfällen. Eine systematische Aufarbeitung zeigt, dass ein Großteil der Täter den Sicherheitsbehörden vorab bekannt, oft rechtskräftig ausreisepflichtig oder trotz akuter Terrorwarnungen auf freiem Fuß **waren**.

1.1 Systematische Übersicht der Großereignisse

Jahr	Ort	Täter / Status	Tote	Verletzte	Ausreisepflichtig ?	Dokumentierter Behördenfehler?
2016	Berlin (Breitscheidplatz)	Anis Amri (Gefährder)	13	> 50	Ja	Schwere Kommunikationspannen im GTAZ. Abschiebehaft nach 2 Tagen aufgehoben.
2016	Ansbach	Mohammad Daleel	1	15	Ja	Abschiebung nach Bulgarien trotz rechtskräftigem Bescheid zweimal ausgesetzt.
2021	Würzburg	Abdirahman J.	3	7	Nein	Psychische Auffälligkeiten und islamistische Tendenzen wurden behördlich isoliert betrachtet.
2024	Mannheim	Sulaiman A.	1	5	Nein	Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige blockierte präventive Maßnahmen.
2024	Solingen	Issa Al H.	3	8	Ja	Untertauchen in der Asylunterkunft; Überstellungsfrist nach Dublin-Verfahren verpasst.
2026	Berlin (CSD)	Abdul B. (Gefährder)	1	29	Ja	Trotz wochenlanger Dauerüberwachung am Tag und früherer Terrorverurteilung nicht festgesetzt.

Chronologie des Versagens

Islamistische Terror- und Gewalttaten in Deutschland

Bekannt – Ausreisepflichtig – Auf freiem Fuß – Anschlag

2015	Beginn der Zeitleiste				
2016			BERLIN (Breitscheidplatz) 19. Dezember 2016 Täter: Anis Amri (Gefährder) Terroranschlag mit einem LKW auf den Weihnachtsmarkt.	 13 Tote  > 50 Verletzte	 Ausreisepflichtig: Ja Schwere Kommunikationspannen im GTAZ. Abschiebehaft nach 2 Tagen aufgehoben.
2016			ANSBACH 24. Juli 2016 Täter: Mohammad Daleel Sprengstoffanschlag vor dem Weinfest.	 1 Toter  15 Verletzte	 Ausreisepflichtig: Ja Abschiebung nach Bulgarien trotz rechtskräftigem Bescheid zweimal ausgesetzt.
2021			WÜRZBURG 25. Juni 2021 Täter: Abdirahman J. Messerangriff in der Innenstadt auf Passanten.	 3 Tote  7 Verletzte	 Ausreisepflichtig: Nein Psychische Auffälligkeiten und islamistische Tendenzen wurden behördlich isoliert betrachtet.
2024			MANNHEIM 31. Mai 2024 Täter: Sulaiman A. Fahrzeugangriff auf eine Kundgabe auf dem Marktplatz.	 1 Toter  5 Verletzte	 Ausreisepflichtig: Nein Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige blockierte präventive Maßnahmen.
2024			SOLINGEN 23. August 2024 Täter: Issa Al H. Messerangriff auf dem Stadtfest – ein Attentäter stach wahllos in die Menge.	 3 Tote  8 Verletzte	 Ausreisepflichtig: Ja Untertauchen in der Asylunterkunft; Überstellungsfrist nach Dublin-Verfahren verpasst.
2026			BERLIN (CSD) 26. Juli 2026 Täter: Abdul B. (Gefährder) Angriff auf Besucher des Christopher Street Day.	 1 Toter  29 Verletzte	 Ausreisepflichtig: Ja Trotz wochenlanger Dauerüberwachung am Tag und früherer Terrorverurteilung nicht festgesetzt.



EIN MUSTER. KEIN ZUFALL.

In nahezu allen Fällen waren die Täter den Behörden bekannt. Häufig waren sie ausreisepflichtig oder trotz akuter Gefahrenhinweise auf freiem Fuß. Das Ergebnis:
Vermeidbare Taten. Zerstörte Leben. Zerrüttetes Vertrauen.

Quellen: Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages, Verfassungsschutzberichte, BKA-Lagebilder, offizielle Pressemitteilungen, Medienberichte (Auswahl)

2. Die Opfer: Gesichter statt Statistiken

Ein politischer Report läuft Gefahr, Menschen in Nummern zu verwandeln. Doch hinter jeder Zahl steht das abrupte Ende eines Lebensentwurfs, das fundamentale Versagen des staatlichen Schutzversprechens und die lebenslange Zerstörung ganzer Familien.

2.1 Schicksale, die das Land veränderten

- **Lukasz U. (37, Berlin 2016):** Nach übereinstimmenden öffentlich zugänglichen Berichten war er ein polnischer Lkw-Fahrer, Vater eines Sohnes. Er war das erste Opfer von Anis Amri, kämpfte im Führerhaus nachweislich bis zur letzten Sekunde gegen den Attentäter, um das Schlimmste zu verhindern, und wurde kaltblütig erschossen.

- **Rouven Laur (29, Mannheim 2024):** Nach übereinstimmenden öffentlich zugänglichen Berichten war er ein junger, engagierter Polizeioberkommissar. Er verlor sein Leben im Dienst, als er bei einer politischen Kundgebung auf dem Marktplatz Deeskalation betrieb und hinterrücks vom Attentäter attackiert wurde. Seine Familie beschreibt ihn als einen Mann, der den Beruf aus tiefer Überzeugung und Nächstenliebe wählte.

- **Stefanie A. (56, Solingen 2024):** Nach übereinstimmenden öffentlich zugänglichen Berichten war sie eine dreifache Mutter und Grundschullehrerin, die das Stadtfest in Solingen mit Freunden besuchte. Sie stand mitten im Leben, schmiedete Pläne für den Ruhestand und wurde Opfer eines Täters, der nach geltendem Recht längst nicht mehr im Land hätte sein dürfen.

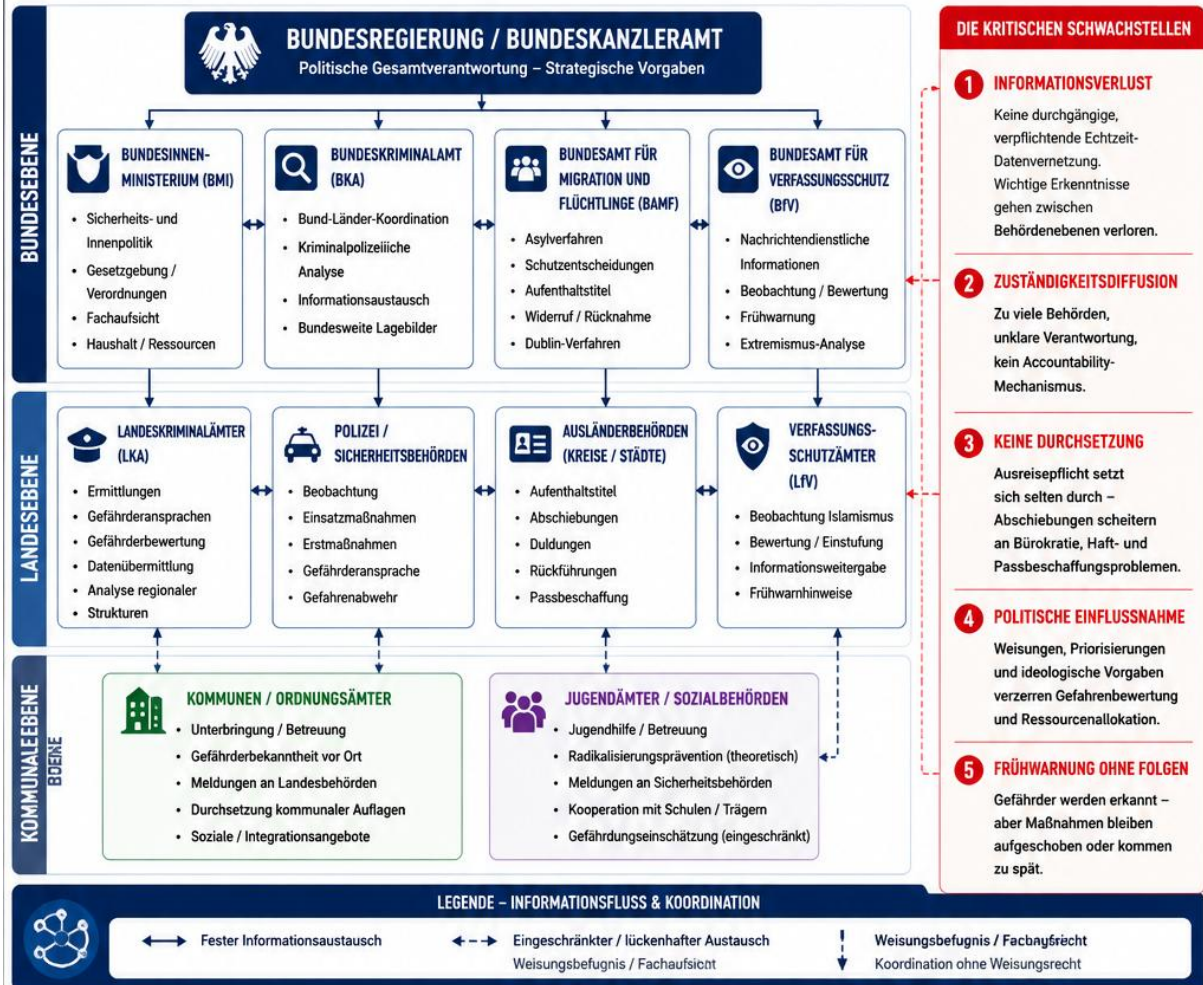
3. Das Labyrinth der Zuständigkeiten: Wer versagt wo?

Viele Bürger verstehen nicht, warum hochgefährliche Personen unkontrolliert durch das Sicherheitsnetz gleiten. Die Ursache liegt in einer stark fragmentierten, von Kompetenzstreitigkeiten gelähmten Behördenstruktur.

3.1 Das deutsche Sicherheits-Organigramm

3.1 BEHÖRDEN-ORGANIGRAMM: ZUSTÄNDIGKEITEN UND SCHNITTSTELLEN

Vielzuständigkeit ohne wirksame Koordination – Informationsverluste und fehlende Durchsetzung schaffen gefährliche Lücken.



DIE KRITISCHEN SCHWACHSTELLEN

1. INFORMATIONSVERLUST

Keine durchgängige, verpflichtende Echtzeit-Datenvernetzung. Wichtige Erkenntnisse gehen zwischen Behördenebenen verloren.

2. ZUSTÄNDIGKEITSDIFFUSION

Zu viele Behörden, unklare Verantwortung, kein Accountability-Mechanismus.

3. KEINE DURCHSETZUNG

Ausreisepflicht setzt sich selten durch – Abschiebungen scheitern an Bürokratie, Haft- und Passbeschaffungsproblemen.

4. POLITISCHE EINFLUSSNAHME

Weisungen, Priorisierungen und ideologische Vorgaben verzerren Gefahrenbewertung und Ressourcenallokation.

5. FRÜHWARNUNG OHNE FOLGEN

Gefährder werden erkannt – aber Maßnahmen bleiben aufgeschoben oder kommen zu spät.

3.2 DIE DOKUMENTIERTE BRUCHSTELLE: DAS PROZESSDIAGRAMM DES SCHEITERNS



EIN SYSTEM, DAS NICHT LERNT, WIRD WIEDER VERLIEREN.

Jede unbearbeitete Schwachstelle ist eine offene Einladung an den nächsten Täter.

Hinweis: Dieses Organigramm und Prozessdiagramm stellen idealtypische Abläufe und Zuständigkeiten dar. In der Praxis existieren zahlreiche weitere Schnittstellen, Gremien und Sonderzuständigkeiten.



FAZIT:

Die größte Bedrohung ist nicht nur der Täter, sondern das Versagen des Systems, ihn rechtzeitig zu stoppen.

CHRONOLOGIE DES VERSAGENS

ISLAMISTISCHE TERROR- UND GEWALTSTATEN IN DEUTSCHLAND

BEKANT – AUSREISEPFLICHTIG – AUF FREIEM FUSS – ANSCHLAG

2015

> Beginn der Zeitleiste

2016

19. DEZEMBER
BERLIN
(BREITSCHIEDPLATZ)



**ANIS AMRI
(GEFÄHRDER)**
Terroranschlag mit einem
LKW auf den
Weihnachtsmarkt.

13
TOTE
 > 50
VERLETZTE

AUSREISEPFLICHTIG: JA
Schwere
Kommunikationspannen
im GTAZ.
Abschiebehaft nach
2 Tagen aufgehoben.

2016

24. JULI
ANSBACH



MOHAMMAD DALEEL
Sprengstoffanschlag
vor dem Weinfest.

1
TOTE
 15
VERLETZTE

AUSREISEPFLICHTIG: JA
Abschiebung nach Bulgarien
trotz rechtskräftigem
Bescheid zweimal
ausgesetzt.

2021

25. JUNI
WÜRZBURG



ABDIRAHMAN J.
Messerangriff in der
Innenstadt auf Passanten.

3
TOTE
 7
VERLETZTE

AUSREISEPFLICHTIG: NEIN
Psychische Auffälligkeiten
und islamistische Tendenzen
wurden behördlich isoliert
betrachtet.

2024

31. MAI
MANNHEIM



SULAIMAN A.
Fahrzeugangriff auf eine
Kundgebung auf dem
Marktplatz.

1
TÖTER
 5
VERLETZTE

AUSREISEPFLICHTIG: NEIN
Abschiebestopp für
afghanische Staatsangehörige
blockierte präventive
Maßnahmen.

2024

23. AUGUST
SOLINGEN



ISSA AL H.
Messerangriff auf dem
Stadtfest – ein Attentäter
stach wahllos in die Menge.

3
TOTE
 8
VERLETZTE

AUSREISEPFLICHTIG: JA
Untertauchen in der
Asylunterkunft;
Überstellungsfrist nach
Dublin-Verfahren verpasst.

2026

26. JULI
BERLIN
(CSD)



**ABDUL B.
(GEFÄHRDER)**
Angriff auf Besucher des
Christopher Street Day.

1
TÖTER
 29
VERLETZTE

AUSREISEPFLICHTIG: JA
Trotz wochenlanger
Dauerüberwachung am Tattag
und früherer Terrorurteilung
nicht festgesetzt.



EIN MUSTER. KEIN ZUFALL.

In nahezu allen Fällen waren die Täter den Behörden bekannt.
Häufig waren sie ausreisepflichtig oder trotz akuter Gefahrenhinweise auf freiem Fuß.

DAS ERGEBNIS: VERMEIDBARE TATEN. ZERSTÖRTE LEBEN. ZERRÜTTETES VERTRAUEN.

Quellen: Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages, Verfassungsschutzberichte,
BKA-Lagebilder, offizielle Pressemitteilungen, Medienberichte (Auswahl)

Stand: Juli 2026

4. Offizielle Untersuchungsergebnisse: Die harten Fakten der Ausschüsse

Dass das System versagt, ist keine parteipolitische Behauptung, sondern das protokollierte Ergebnis parlamentarischer Pflichtarbeit. [1]

4.1 Die Akte Anis Amri (Bundestag-Untersuchungsausschuss)

Der [Abschlussbericht des 1. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages](#) hielt fest: Die Sicherheitsbehörden litten unter einem „chronischen Mangel an analytischer Tiefe“. Informationen wurden im GTAZ zwar geteilt, aber nicht bewertet. Weil Amri ständig zwischen Nordrhein-Westfalen und Berlin pendelte, fühlte sich kein Bundesland final zuständig. Die Justiz entließ ihn aus der Abschiebehaft, weil das Herkunftsland Tunesien die Papiere blockierte – ein rechtlicher Fehlschluss, wie der Ausschuss nachträglich rügte. [1]

4.2 Die Akte Solingen (Landtag NRW)

Die Protokolle des [Untersuchungsausschusses im Landtag NRW](#) offenbaren ein gravierendes Koordinationsversagen. Das Ministerium für Flucht und Integration unter Josefine Paul (Grüne) scheiterte an banalen administrativen Hürden. Als der Abschiebeversuch des späteren Täters fehlschlug, weil er in der Nacht nicht in seinem Zimmer angetroffen wurde, erfolgte kein zweiter Versuch. Die Akte blieb liegen, bis die gesetzliche Frist zur Überstellung nach den Dublin-Regeln ablief. Der [Verfassungsgerichtshof musste die Landesregierung zur Aktenfreigabe zwingen](#), was das mangelnde Transparenzinteresse der politischen Führung dokumentiert. [1, 2]

5. Das demokratische Mandat: Wie Bürger die Politik zur Umkehr zwingen

Der Eindruck staatlicher Ohnmacht führt in weiten Teilen der Bevölkerung zu Frustration und Resignation. Ein funktionierender Rechtsstaat und eine Kehrtwende in der Sicherheitsarchitektur entstehen jedoch nicht durch passives Abwarten oder unregulierte Wut im Netz. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bietet den Bürgern konkrete, rechtssichere Instrumente, um politischen Druck aufzubauen und Verordnungen einzufordern. Die Sensibilisierung der Gesellschaft muss in messbares, praktisches Handeln münden. [1]

5.1 Das Instrument des direkten Bürgerdialogs und Wahlkreisdrucks

Die wirksamste Methode, politische Mandatsträger direkt zu konfrontieren, ist der institutionalisierte Druck im eigenen Wahlkreis. Jeder Bundestags- und Landtagsabgeordnete ist gesetzlich seinem Wahlkreis verpflichtet und unterhält dort Bürgerbüros.

- **Praktischer Schritt:** Bürger und lokale Initiativen können Abgeordnete über offizielle Plattformen wie [Abgeordnetenwatch](#) oder in direkten Bürgersprechstunden mit den dokumentierten Fakten der Untersuchungsausschüsse konfrontieren. Wenn Mandatsträger flächendeckend und wiederholt im eigenen Wahlkreis mit konkreten Fragen zum Vollzugsdefizit bei Abschiebungen oder dem eklatanten Personalmangel der lokalen Polizeidienststellen konfrontiert werden, entsteht parlamentarischer Handlungsdruck. [1, 2]

5.2 Das Verfassungswerkzeug der Petitionen und Volksinitiativen

Das Grundgesetz garantiert jedem Bürger in Artikel 17 das Petitionsrecht. Dieses Werkzeug erlaubt es, Gesetzgebungsverfahren direkt auf die Tagesordnung der Parlamente zu zwingen. [1]

- **Praktischer Schritt:** Über den offiziellen [Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages](#) können öffentliche Petitionen eingereicht werden. Erreicht eine Petition innerhalb von vier Wochen das Quorum von 50.000 Mitzeichnungen, ist der Ausschuss gesetzlich verpflichtet, den Petenten in einer öffentlichen Ausschusssitzung anzuhören. Auf Landesebene bieten Volksinitiativen zudem die Möglichkeit, die Landesregierungen zur Offenlegung von Akten und zur Umstrukturierung von Ausländerbehörden zu bewegen – ein bewährtes Mittel, um den behördlichen Föderalismus direkt von unten zu reformieren. [1, 2]

5.3 Die zivilgesellschaftliche Unterstützung des Opferschutzes

Sich zu wehren bedeutet auch, den Betroffenen eine unüberhörbare Stimme zu geben und das kollektive Vergessen im öffentlichen Raum zu verhindern. [1]

- **Praktischer Schritt:** Bürger können den Druck auf die Politik maximieren, indem sie unabhängige Opferschutzorganisationen wie den [WEISSEN RING e.V.](#) oder lokale Opferstiftungen unterstützen. Durch die Stärkung dieser Organisationen wird sichergestellt, dass Hinterbliebene im bürokratischen Dschungel nicht isoliert werden und juristischer Beistand finanziert werden kann, um Behördenversagen gerichtlich einzuklagen. Erst wenn die Zivilgesellschaft den Opferschutz aktiv einfordert und das staatliche Schutzversprechen mit rechtsstaatlichen Mitteln einklagt, wird die Politik gezwungen, von der folgenlosen Betroffenheit zu echtem Handeln überzugehen. [1, 2, 3]

Anschlag	Politische Ankündigung / Verantwortliche	Tatsächliche Umsetzung / Realität
Berlin (2016)	„Wir werden Gesetze verschärfen und Gefährder schneller“	Die rechtlichen Hürden bei fehlenden Passersatzpapieren blieben jahrelang unverändert bestehen.

abschieben.“ (Thomas de Maizière, CDU)

Mannheim
(2024)

„Schwerstkriminelle und Gefährder haben hier ihr Aufenthaltsrecht verwirkt und gehören abgeschoben.“ (Olaf Scholz, SPD)

Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien blieben seltene, bürokratische Ausnahmen statt der Regel.

Solingen
(2024)

„Wir werden das Waffenrecht verschärfen und Messerverbote im öffentlichen Raum durchsetzen.“ (Nancy Faeser, SPD)

Reine Symbolpolitik. Polizeigewerkschaften rügten, dass Messerverbote ohne flächendeckende Kontrollbefugnisse und massiven Personalaufbau wirkungslos verpuffen.

Berlin
(2026)

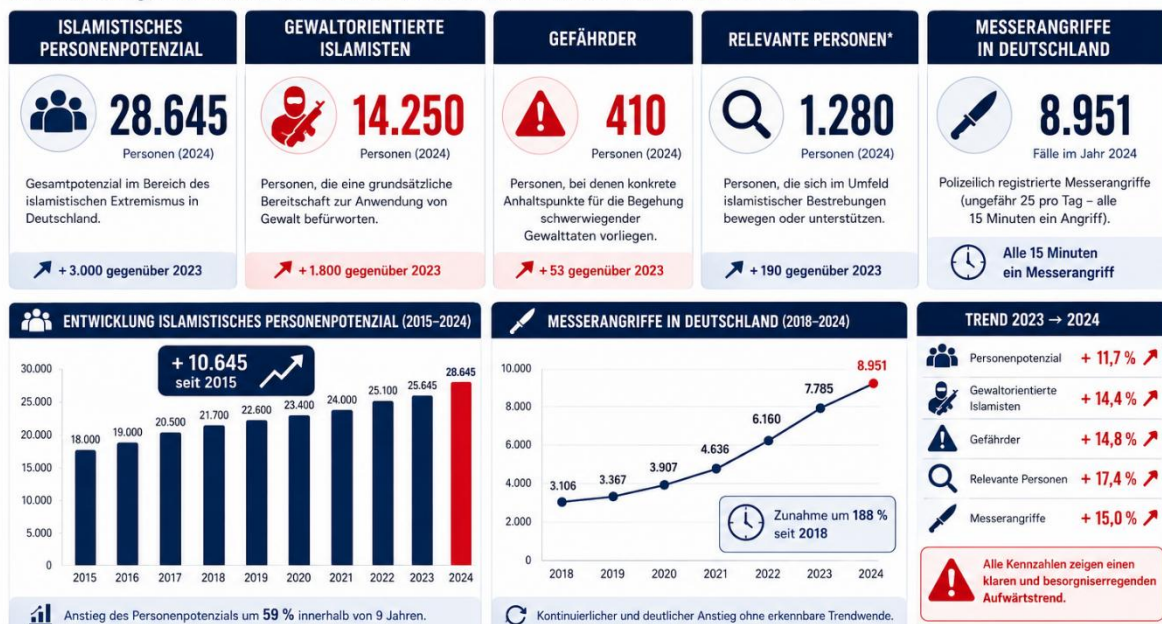
„Gefährder dürfen nicht mehr auf Bewährung in Freiheit bleiben.“ (Alexander Dobrindt, CSU)

Der Fall Abdul B. offenbarte erneut, dass hochgefährliche Personen trotz Justizverurteilung auf freiem Fuß verblieben.

6. Die statistische Realität: Das unterschätzte Potenzial

6. ZAHLEN, DATEN UND ENTWICKLUNGEN

Die Entwicklung des islamistischen Potenzials in Deutschland – aktuelle Kennzahlen und Trends



Quellen: Verfassungsschutzbericht 2024 (BfM) • Bundeslagebild BKA 2024 • Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 (BKA)
* Personen, die sich im Umfeld islamistischer Bestrebungen bewegen oder unterstützen.

Stand: Juni 2026

Die Bedrohungslage lässt sich anhand der offiziellen Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie der Bundeslagebilder des BKA präzise abbilden.

6.1 Das Gefährdungspotenzial in Zahlen

- **Islamistisches Personenpotenzial**: Laut dem aktuellen Verfassungsschutzbericht ist das Islamismus potenzial in Deutschland auf den historischen Höchststand von **28.645 Personen** gestiegen.
- **Gewaltorientierter Kern**: Davon werden **9.110 Personen** dem harten, gewaltorientierten dschihadistischen Spektrum zugerechnet.

- **Aktuelle Gefährder Zahl:** Das Bundeskriminalamt stuft derzeit exakt **410 Menschen** in Deutschland als akute [islamistische Gefährder](#) ein, denen jederzeit ein schwerer Anschlag zugetraut wird.
- **Messerkriminalität:** Das [BKA-Bundeslagebild](#) registriert bundesweit **29.243 Messerangriffe** pro Jahr – ein dramatisches Niveau, bei dem ein Messer in fast 1.000 Fällen als unmittelbares Tatmittel bei Tötungsdelikten eingesetzt wurde. [\[1\]](#), [\[2\]](#), [\[3\]](#), [\[4\]](#)

(HINWEIS FÜR DIE GRAFIK-ABTEILUNG: Hier eine statistische Kurvengrafik (Trendlinie) einbauen, die den parallelen Anstieg des gewaltorientierten Personenpotenzials und der politisch motivierten Gewaltdelikte von 2015 bis heute aufzeigt.)

7. Was sagen die Experten? Stimmen aus der Praxis

Abseits der politischen Talkshows zeichnen Fachleute aus Sicherheitsbehörden, Kriminologie und Justiz ein gänzlich anderes, ungeschöntes Bild der Lage.

- **Prof. Dr. Peter Neumann (Terrorismusforscher):** „Das deutsche System krankt an einer chronischen Vollzugsdefizit-Mentalität. Die Sicherheitsbehörden wissen oft sehr genau, wer gefährlich ist, aber die bürokratischen und juristischen Hürden verhindern den finalen Zugriff. Die Justiz agiert in vielen Fällen schlicht zu lasch.“ [\[1\]](#)
- **Jochen Kopelke (Gewerkschaft der Polizei - GdP):** „Messerverbotzonen nützen überhaupt nichts, wenn wir kein Personal haben, um sie flächendeckend zu kontrollieren. Die Politik beschließt Gesetze für die Galerie, lässt die Kollegen auf der Straße mit der bürokratischen Last aber komplett allein.“
- **Ehemalige Bundesrichter und Kriminologen:** Sie betonen übereinstimmend, dass die Abschiebehaft-Regelungen im deutschen Aufenthaltsrecht völlig realitätsfern konstruiert sind. Ein Täter, der untertaucht oder dessen Heimatland nicht kooperiert, wird vom System belohnt, statt dauerhaft separiert zu werden. [\[1\]](#)

8. Internationaler Vergleich: Wie machen es andere Staaten?

6. ZAHLEN, DATEN UND ENTWICKLUNGEN

Die Entwicklung des islamistischen Potenzials in Deutschland – aktuelle Kennzahlen und Trends



Quellen: Verfassungsschutzbericht 2024 (BfV) • Bundeslagebild BKA 2024 • Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 (BKA)
* Personen, die sich im Umfeld islamistischer Bestrebungen bewegen oder unterstützen.

Stand: Juni 2026

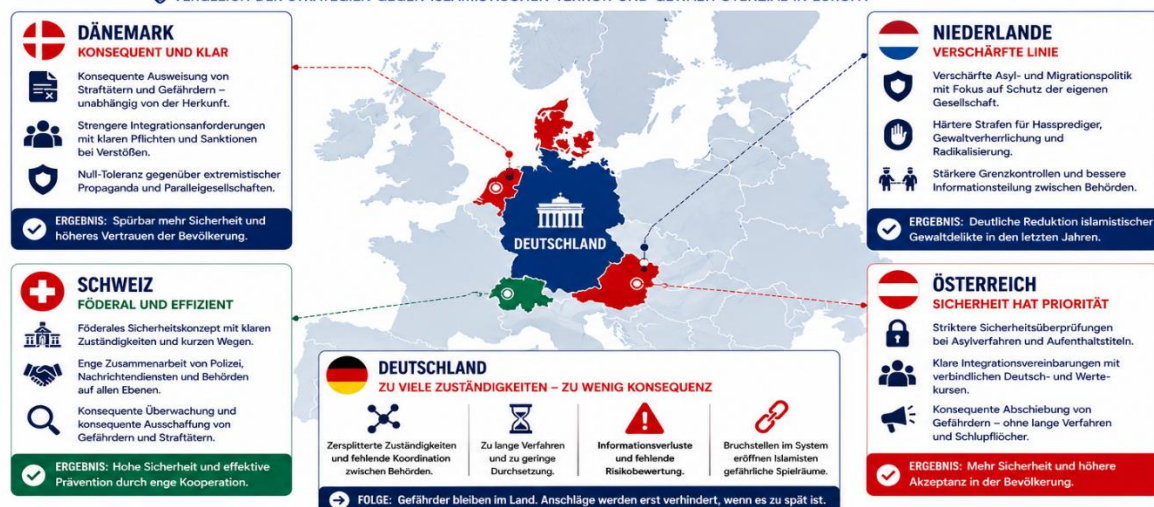
Dass staatliche Ohnmacht kein Naturgesetz ist, zeigt der Blick über die deutschen Landesgrenzen hinaus. Europäische Nachbarn haben ihre Strukturen nach schweren Krisen drastisch reformiert.

8.1 Das dänische Modell („Zero Asylum“)

8. INTERNATIONALER VERGLEICH

SICHERHEIT DURCH KONSEQUENZ: WAS ANDERE LÄNDER BESSER MACHEN

VERGLEICH DER STRATEGIEN GEGEN ISLAMISTISCHEN TERROR UND GEWALTPOTENZIAL IN EUROPA



WAS ANDERE LÄNDER UMSETZEN, MUSS AUCH IN DEUTSCHLAND MÖGLICH SEIN:
Klare Zuständigkeiten, konsequente Durchsetzung und der politische Wille, die Sicherheit der eigenen Bevölkerung an erste Stelle zu setzen.

DAS ZIEL:
Null Toleranz gegenüber Extremismus – konsequenter Schutz unserer Gesellschaft und unserer Werte.

Quellen: BfV Verfassungsschutzbericht 2024 | Europol TE-SAT 2024 | Nationale Polizeistatistiken 2024 | Medienberichte (Auswahl)

Stand: Juni 2026

Dänemark verfolgt parteiübergreifend einen restriktiven Kurs. Ausreisepflichtige Gefährder oder straffällig gewordene Asylbewerber werden konsequent in speziellen, geschlossenen Rückführungszentren (wie Kærshovedgård) untergebracht. Sie erhalten keinerlei Bargeldleistungen und unterliegen einer strikten täglichen Meldepflicht. Kooperiert das Herkunftsland nicht, bleibt die Unterbringung im geschlossenen System bestehen – ein rechtliches Instrument, das ein Untertauchen unmöglich macht.

8.2 Die Schweiz und die Niederlande

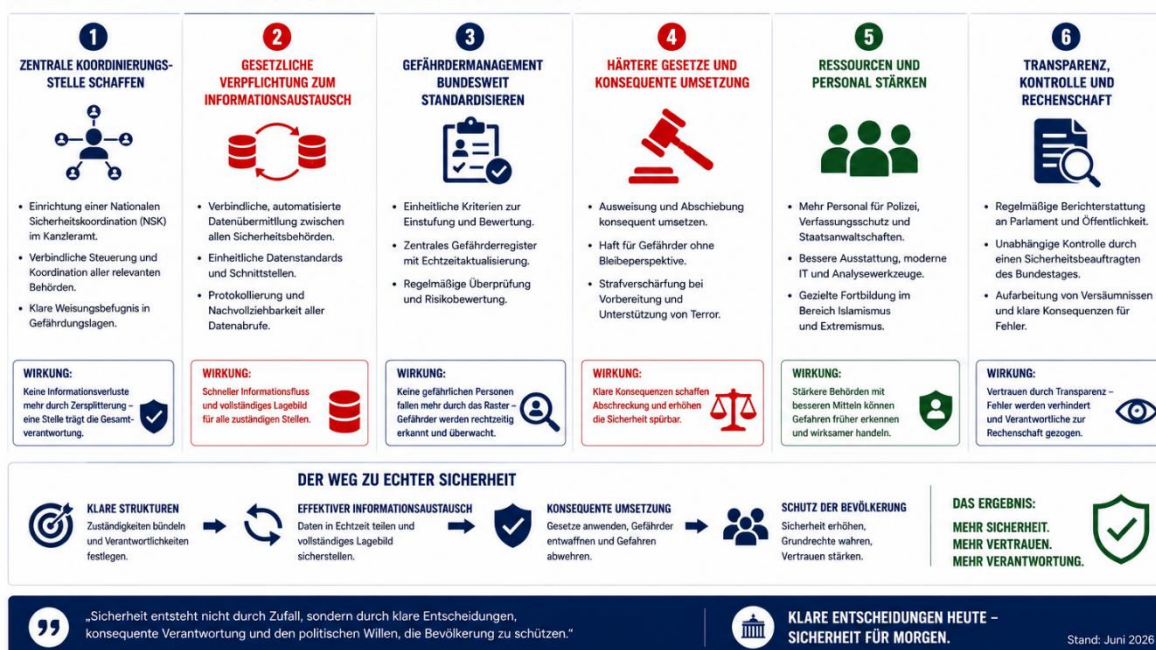
In der Schweiz sind die Asyl- und Sicherheitskompetenzen in Bundesasylzentren gebündelt. BAMF-Äquivalent, Kantonspolizei und Ausländerbehörde arbeiten unter einem Dach. Entscheidungen und Abschiebungen werden oft innerhalb weniger Wochen direkt aus dem Zentrum vollzogen. Die Niederlande nutzen ein extrem konsequentes System des Datenaustausches: Sobald eine Person im System als Sicherheitsrisiko markiert wird, greifen automatische Haft- und Überwachungsmechanismen, ohne dass Landesgrenzen oder föderale Zuständigkeiten den Informationsfluss blockieren.

9. Strukturierte Reformen: Was sich radikal ändern muss

9. REFORMEN UND LÖSUNGSWEGE

VON DER ZERSTREUUNG ZUR SCHLAGKRAFT: KLARE STRUKTUREN – KLARE VERANTWORTUNG – ECHTE SICHERHEIT

Die Analyse zeigt strukturelle Schwächen in Zuständigkeit, Koordination und Umsetzung. Die folgenden Reformen schaffen klare Verantwortlichkeiten, verbessern Informationsflüsse und erhöhen die Handlungsfähigkeit des Staates zum Schutz der Bevölkerung.



Eine reine Abrechnung greift zu kurz, wenn sie keine strukturellen Lösungen aufzeigt. Um den Rechtsstaat wieder handlungsfähig zu machen und das staatliche

Schutzversprechen einzulösen, bedarf es grundlegender Reformen in sieben Kernbereichen.

- **1. Zentralisierung der Föderalstruktur:** Auflösung der Zersplitterung. Das GTAZ muss von einer reinen Diskussionsplattform zu einer Bundes-Sicherheitsbehörde mit direkter Durchgriffskompetenz auf Gefährder umgebaut werden.
- **2. Reform des Abschiebegewahrsams:** Vollziehbar ausreisepflichtige Gefährder und Intensivstraftäter müssen bis zu ihrer tatsächlichen Ausreise lückenlos in Sicherungsgewahrsam genommen werden können – unabhängig davon, ob das Herkunftsland Papiere verzögert.
- **3. Automatisierter Informationsfluss:** Verpflichtende, digitale Echtzeit-Verknüpfung aller Daten zwischen BAMF, Bundespolizei, lokalen Ausländerbehörden und Verfassungsschutz. Die Akte eines Gefährders darf niemals wieder an Zuständigkeitsgrenzen scheitern.
- **4. Konsequente Grenzkontrollen:** Permanenter, lückenloser Schutz der Außengrenzen und konsequente Zurückweisungen von Personen, die bereits in anderen EU-Staaten registriert sind oder einreisen wollen, ohne ihre Identität nachzuweisen.

5. Personelle und finanzielle Justizoffensive:

Massiver Ausbau von Staatsanwaltschaften und Gerichten, um Terrorverfahren und Abschiebungsprüfungen innerhalb von Tagen statt Monaten rechtskräftig abzuschließen.

6. Kompromissloser Opferschutz:

Ein gesetzlich verankerter, unbürokratischer Entschädigungsanspruch für Hinterbliebene. Einsetzung von weidlich ausgestatteten Opferbeauftragten, die Betroffene psychologisch, juristisch und finanziell ein Leben lang absichern, statt sie zum Bittsteller vor Behörden zu machen.

7. Proaktive Prävention im digitalen Raum:

Strikte Regulierung und konsequente, sofortige Löschung islamistischer Propaganda auf Plattformen wie TikTok und X durch spezialisierte Cyber-Einheiten der Sicherheitsbehörden, um Schläferzellen die digitale Rekrutierungsbasis zu entziehen. [[1](#), [2](#)]

Mit freundlichen Grüßen

Michael B. Barnes

Michael B. Barnes

Impressum / Kontakt:

Michael B. Barnes

Hengeloer Str.1

49565 Bramsche

 E-Mail: info@klartext-info.online

Rechtlicher Hinweis

Dieses Dokument ist Teil des privaten Informations- und Aufklärungsprojekts **KLARTEXT** von Michael B. Barnes.

Der Bericht dient ausschließlich der Information sowie der öffentlichen Meinungs- und Diskussionsbildung. Er enthält eine Kombination aus dokumentierten Tatsachen, öffentlich zugänglichen Quellen, rechtlichen Einordnungen sowie persönlichen Bewertungen, Schlussfolgerungen, Vermutungen und Hypothesen des Autors. Diese sind entsprechend im Gesamtzusammenhang des jeweiligen Dossiers zu verstehen.

Alle Inhalte wurden nach bestem Wissen und Gewissen auf Grundlage der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung verfügbaren Informationen erstellt. Trotz sorgfältiger Recherche kann keine Gewähr für Vollständigkeit, Aktualität oder die fortdauernde Richtigkeit sämtlicher Angaben übernommen werden. Neue Erkenntnisse oder spätere Entwicklungen können eine Überarbeitung oder Neubewertung einzelner Inhalte erforderlich machen.

Eine unveränderte Weitergabe des vollständigen Dokuments über den offiziellen Veröffentlichungsweg ist ausdrücklich erwünscht. Veränderungen, Kürzungen, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate oder Bearbeitungen, die den Sinn oder die Aussage des Dokuments verfälschen, sind ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors nicht gestattet.

Stand der Quellen und Rechtslage: Veröffentlichungsdatum des jeweiligen Dossiers.

Version: 1.0

© Michael B. Barnes – Alle Rechte vorbehalten.

Impressum:

<https://www.klartext-info.online/impressum/>

Zur Klartext-Info-Website

QR-Code



Weitere Beiträge, Aktualisierungen und Quellen:

www.klartext-info.online

Michael B. Barnes

Stand: 31.07.2026

